FH-DS-01-040

Wir stärken die Demokratie

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 39 bis 41 einfügen:
Elemente direkter Demokratie wollen wir Grünen auch in der Bundespolitik stärken. Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in die Verfassung einführen. Für eine offene Gesellschaft spielt eine lebendige Zivilgesellschaft mit ihren Engagierten, ihren Vereinen und Verbänden eine zentrale Rolle. Gemeinnützige Organisationen wollen wir deshalb unterstützen und fördern. Wir setzen uns insbesondere dafür ein bei der steuerlichen Förderung mehr Rechtssicherheit zu schaffen und eine Gleichbehandlung verschiedener Akteure im Gemeinnützigkeitssektor sicherzustellen. Den Katalog von gemeinnützigen Zwecken wollen wir an den gesellschaftlichen Fortschritt anpassen und erweitern um Zwecke u.a. der Förderung der Gleichberechtigung von Lebenspartnerschaften und Trans- wie Intersexueller, Frieden, Menschenrechte, Demokratie sowie der Einrichtung und Unterhaltung des Freifunks . Das Informationsinteresse der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Tätigkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure insgesamt hat zugenommen. Wir setzten uns deshalb dafür ein, dass künftig die Förderung gemeinnütziger Organisationen mit klareren und einheitlicher Publikations- und Transparenzvorschriften einhergeht. Die Rechte von Minderheiten sowie Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien dürfen durch

Begründung

Es besteht keine kohärente Gesamtregelung, die eine Gleichbehandlung politischer Einflussmöglichkeiten verschiedener Akteure sicherstellt. Das geltende Gemeinnützigkeitsrecht und die wenig konkretisierten Vorgaben zur Auslegung der Regelungen sind ursächlich dafür, dass Akteure mit gleichen/ähnlichen Aktivitäten in dem einen Finanzamt bzw. Bundesland als gemeinnützig gelten, in einem anderen wiederum nicht. Eine Ungleichbehandlung besteht zudem darin, dass den steuerbegünstigten Berufsverbänden die Beeinflussung der politischen Willensbildung ohne Beschränkung erlaubt ist, während gemeinnützige Organisationen bei politischen Äußerungen Gefahr laufen, ihren Gemeinnützigkeitsstatus aberkannt zu bekommen..

Zur Rechtsunsicherheit trägt auch der Katalog an gemeinnützigen Zwecken(§ 52 Absatz 2 Abgabenordnung)bei. Viele Themen der Zivilgesellschaft werden darin nicht berücksichtigt. Einrichtungen, die sich z.B. für Frieden, Menschenrechte und für die Rechte von Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuellen einsetzen möchten, müssen sich andere Zwecke aus der Abgabenordnung zu eigen machen, um als gemeinnützig anerkannt zu werden.

Darüber hinaus stellt der Bundestag fest, dass das Informationsinteresse der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Tätigkeiten von gemeinnützigen Organisationen stark zunimmt. Klare und einheitliche Publikations- und Transparenzvorschriften fehlen bislang. Um jede Anschein, gemeinnützige Organisationen könnten zum Steuerbetrug oder zur verdeckten Parteienfinanzierung missbraucht werden, entgegenzutreten, braucht es deshalb mehr Transparenz im gemeinnützigen Sektor.

Unterstützer*innen

Gerhard Schick (Mannheim KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Erich Pawlik (Hochtaunus KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Bianca Denfeld (Berlin-Pankow KV); Klaus Witzmann (Calw KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Yvonne Plaul (Potsdam-Mittelmark KV); Udo Philipp (KV Kiel); Heinz-Herwig Mascher (Oberhavel KV); Bärbel Treutler (Prignitz KV); Efi Kaioglidou (Marburg-Biedenkopf KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Rasmus Grobe (Verden KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Anja Schillhaneck (Berlin-Kreisfrei KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Thomas Loew (Berlin-Pankow KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Benjamin von der Ahe (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Gerhard Kalinka (Teltow-Fläming KV); Hans-Werner Seitz (Marburg-Biedenkopf KV)